

Thema im Unterricht/Extra
Arbeitsmappe



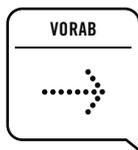
Wahlen für Einsteiger

— Bestell-Nr. 5.307 — ISBN 978-3-8389-7004-2

20

Arbeitsblätter

ab Klasse 8



Inhalt

Vorab: Zum Autor, Impressum, Liste der Arbeitsblätter

Arbeitsblatt 01–20: Arbeitsblätter zum Thema „Wahlen für Einsteiger“

Hinweise: Weiterführende Literatur, Internetadressen und Bestellcoupon

Rückseite: Timer-Werbung

— Zum Autor



Bruno Zandonella

Jahrgang 1957, verheiratet, zwei Kinder, lebt in Stuttgart.

Er unterrichtet die Fächer Deutsch,

Geschichte, Gemeinschaftskunde und Ethik in Stuttgart-Bad Cannstatt.

Von 1990 bis 1997 leitete er das Fachreferat „Deutschland und Europa“ bei der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Seitdem ist er Fachabteilungsleiter (Deutsch, Gesellschaftswissenschaften, Ethik) am Gottlieb-Daimler-Gymnasium.

Arbeitsschwerpunkte: Europäische Integration, Migration, Sozialpolitik, Politische Ideengeschichte.

Veröffentlichungen u.a.: Thema im Unterricht Nr. 15: Baustelle Sozialstaat; verschiedene Themenblätter im Unterricht; pocket europa; Europa für Einsteiger; alle hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung; außerdem verschiedene Schulbücher.

— Impressum

— Herausgeberin: Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Adenauerallee 86, 53113 Bonn, www.bpb.de

— E-Mail der Redaktion: moeckel@bpb.de (keine Bestellungen!)

— Autor: Bruno Zandonella

— Redaktion: Iris Möckel (verantwortlich), Frithjof Goetz

— Gestaltung: Leitwerk. Büro für Kommunikation, Köln, www.leitwerk.com

— Illustrationen: Ilka Helmig, Cornelia Pistorius, Carolin Zorn

— Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn



— Urheberrechte: Text und Illustrationen sind urheberrechtlich geschützt. Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden. Bei allen gesondert bezeichneten Fotos, Grafiken und Karikaturen liegen die Rechte nicht bei uns, sondern bei den Agenturen.

— Haftungsausschluss: Die bpb ist für den Inhalt der aufgeführten Internetseiten nicht verantwortlich.

— Redaktionsschluss: Oktober 2011, Bestell-Nr. 5.307, ISBN 978-3-8389-7004-2 (siehe Bestellcoupon auf der vorletzten Seite)

— Liste der Arbeitsblätter

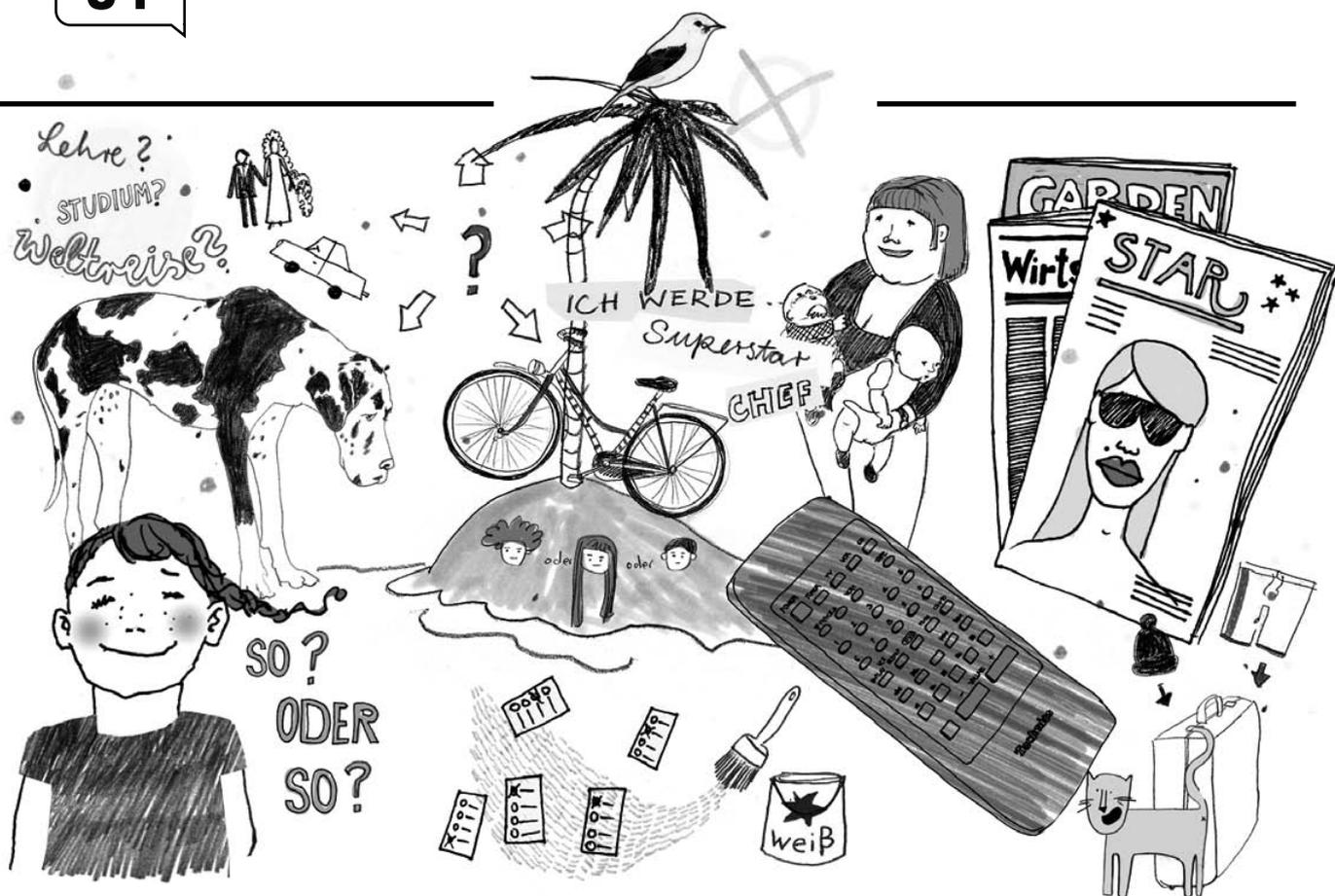
- 01: Du hast die Wahl!
- 02: Wahlmüde oder wahlbegeistert?
- 03: Wahl-Lust oder Wahl-Frust? Teste deine Wahlneigung!
- 04: Wozu wählen? Grundfunktionen demokratischer Wahlen
- 05: Wann ist eine Wahl demokratisch?
- 06: Wahl(un)recht in der Geschichte (1)
- 07: Wahl(un)recht in der Geschichte (2)
- 08: Mehrheitswahl oder Verhältniswahl? (1)
- 09: Mehrheitswahl oder Verhältniswahl? (2)
- 10: Wie aus Wählerstimmen Bundestagsmandate werden (1)
- 11: Wie aus Wählerstimmen Bundestagsmandate werden (2)
- 12: Wählen und Abstimmen
- 13: Mehr direkte Demokratie wagen?
- 14: Wahlrechtsreform: Was könnte man besser machen?
- 15: Wahlrecht für Kinder?
- 16: Wähler♀ und Gewählte – ein schwieriges Verhältnis?
- 17: Wer wählt welche Partei?
- 18: Was wollen die Parteien? (1)
- 19: Was wollen die Parteien? (2)
- 20: Wahlkreuzworträtsel

Zeichenerklärung: ♀ steht für die weibliche Form des vorangehenden Begriffs, also z.B. „Bürger♀“ statt „Bürgerinnen und Bürger“ oder „BürgerInnen“. Ein Vorschlag zur besseren Lesbarkeit – ohne Frauen einfach wegzulassen.

— Hinweis der Redaktion: Wie Lehrkräfte Ausfüllhilfen, weiterführende Hinweise für die Benutzung der Arbeitsblätter im Unterricht und Kopiervorlagen erhalten können, finden Sie unter: www.bpb.de/shop > Lernen > Thema im Unterricht > Wahlen für Einsteiger



Du hast die Wahl!



1 Was können wir wählen?

➔ 1. Überlege, worüber du heute und in Zukunft entscheiden kannst. Lass dich von den Illustrationen oben anregen und lege eine Liste an.

➔ 2. Welches sind für dich die wichtigsten Entscheidungen? Bringe deine Begriffe in eine Rangfolge. Spielen politische Wahlen für dein (zukünftiges) Leben eine besondere Rolle?

➔ 3. Überlege: Was beeinflusst dich in deiner Entscheidung? Wodurch wird deine Wahlfreiheit eingeschränkt? Erstelle zu deinen Überlegungen eine Mindmap (Gedanken-Landkarte).

2 Was bedeutet Wählen für mich persönlich?

Manches in unserem Leben können wir wählen wie den Beruf, den Freund*in, den Klassensprecher*in, die Regierung oder auch nur den Handytarif. Aber dafür müssen wir immer wieder Entscheidungen treffen mit mehr oder weniger weitreichenden Folgen.

➔ Kreuze an, was für dich gilt: Wählen heißt für mich...

- Spaß haben beim Ausschuchen
- die Qual der Wahl haben
- selbst über mein Leben bestimmen können
- Verantwortung haben
- Unsicherheit, ob andere meine Entscheidung verstehen
- erwachsen sein
- frei sein

- auch an die denken, die von meiner Entscheidung betroffen sind
- Angst vor den Folgen haben
- gespannt sein auf das Neue
- Unsicherheit, ob ich mich richtig entscheide
- das Gefühl unabhängig zu sein
- Vertrauen schenken
-

Wahlmüde oder wahlbegeistert?

➔ 1. Welche Informationen über das Wahlverhalten von Amerikanern[☺] und Deutschen entnimmst du den Fotos?



— Abb.1: Vor einem Wahllokal bei den US-Präsidentenwahlen 2008.



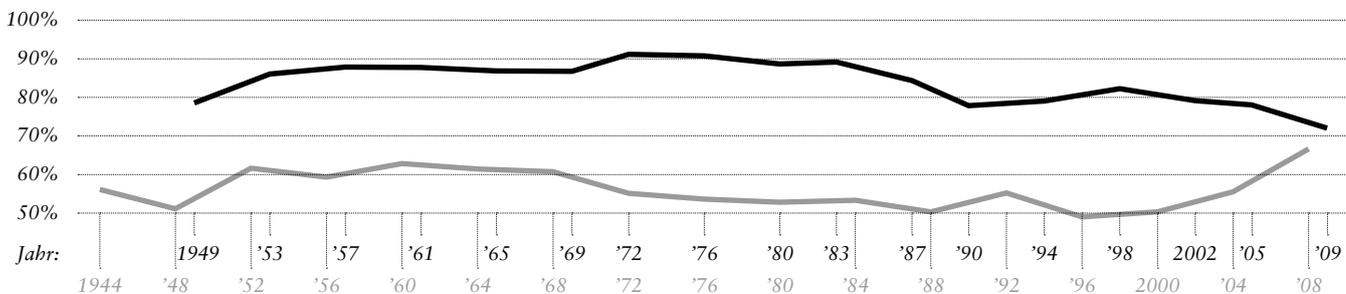
— Abb.2: In einem Schweriner Wahllokal bei der Landtagswahl 2006.

➔ 2. Stimmt dieser Eindruck mit den Aussagen der Grafik M1 überein?

➔ 3. Untersuche die Wahlbeteiligung nach M2. Warum ist das Wahlverhalten in den Altersgruppen deiner Meinung nach unterschiedlich? Notiere deine Vermutungen auf einem Blatt.

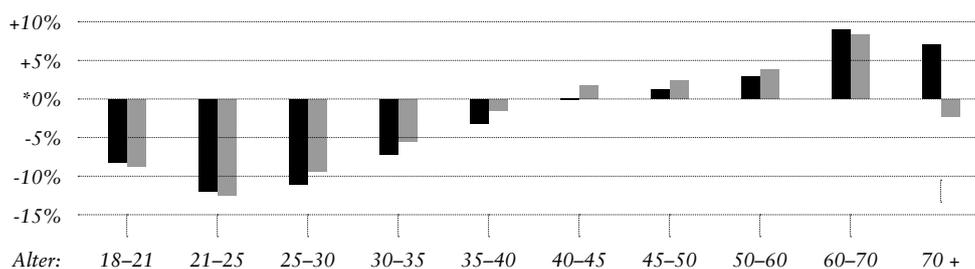
— M1: Wahlbeteiligung in den USA und in der Bundesrepublik Deutschland

■ US-Präsidentenwahlen
 ■ Wahlen zum Deutschen Bundestag



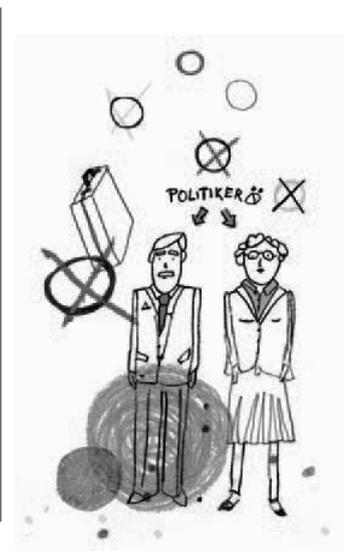
— M2: Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2009 nach Altersgruppen (im Vergleich zum Durchschnitt)

■ Männer
 ■ Frauen



Quellen: Seiten des Bundeswahlleiters (www.bundeswahlleiter.de) und des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de), Wahlbeteiligung bei den US-Präsidentenwahlen: The American Presidency Project

* Bundesdurchschnitt (entspricht 71,4% Wahlbeteiligung im Durchschnitt; Männer: 71,8% und Frauen: 71,0%)



Wahl-Lust oder Wahl-Frust?

Teste deine Wahlneigung!

➔ 1. Die folgenden Meinungen über das Wählen sind in der Öffentlichkeit häufig zu hören. Stelle Dir vor, du seist wahlberechtigt. Welchen Aussagen stimmst du zu? Kennzeichne deine Antwort in den drei rechten Spalten (+ = richtig, - = falsch, o = unentschieden).

	+	-	o
1. „Demokratie funktioniert nur, wenn sich alle Bürger [☺] daran beteiligen.“	+1	-1	0
2. „Mein Alltag hat mit Politik nichts zu tun. Ich interessiere mich nicht sonderlich für Politik. Wieso sollte ich da wählen gehen?“	-2	+2	0
3. „Jede Stimme ist wichtig, auch meine. Ich gehe wählen, weil ich so mit geringem Aufwand über die Zukunft unseres Landes mitentscheiden kann.“	+2	-2	0
4. „Die Parteien gleichen sich wie ein Ei dem anderen. Da kann ich mich gar nicht entscheiden.“	-1	+1	0
5. „Das Recht zur freien Wahl der eigenen Volksvertretung ist das wichtigste Bürger [☺] recht. Darauf sollte man nicht leichtfertig verzichten, denn viele Menschen haben dafür gekämpft und gelitten.“	+2	-2	0
6. „In der Masse der Wähler [☺] zählt meine Stimme ohnehin nichts.“	-2	+2	0
7. „Ich gehe wählen, weil sonst andere über mich und mein Leben entscheiden.“	+1	-1	0
8. „Ich würde gerne an einem Volksentscheid teilnehmen und über eine politische Sachfrage abstimmen, aber wählen und Politikern [☺] einen Blankoscheck ausstellen, damit sie vier Jahre tun und lassen können, was sie wollen, dazu bin ich nicht bereit.“	-1	+1	0
9. „Ich gehe wählen, weil wir einen Politikwechsel in unserem Land dringend nötig haben.“	+1	-1	0
10. „Ich kenne keine Partei, die mich überzeugt und meine Interessen vertritt.“	-1	+1	0
11. „Ich will bei Entscheidungen mitbestimmen, die mein Leben betreffen, ob es nun um Steuern geht, um Arbeitsplätze oder um Fragen von Krieg und Frieden.“	+2	-2	0
12. „Wer heutzutage etwas bewirken will, erreicht mit Wählen sowieso nichts. Die Wirtschaft bestimmt die Politik.“	-1	+1	0
13. „Vor Wahlen suchen die Politiker [☺] das Gespräch mit den Bürgern [☺] . In Wahlkampfzeiten kann ich verstärkt auf Politiker [☺] einwirken und die zukünftige Richtung der Politik beeinflussen.“	+1	-1	0
14. „Ich will nicht wählen, denn die Politiker [☺] verfolgen sowieso nur ihre eigenen Interessen.“	-2	+2	0
Summe			

— Ergebnis:

-20 bis -15 Punkte	-14 bis -5 Punkte	-4 bis +4 Punkte	+5 bis +14 Punkte	+15 bis +20 Punkte
Politikverdrossener Nichtwähler [☺]	Wahlmuffel	Unentschlossener Wackelkandidat [☺]	Überzeugter Wähler [☺]	Begeisterter Wähler [☺]

➔ 2. Vergleiche das Ergebnis in der Gruppe. Suche einen Partner[☺] mit einem abweichenden Ergebnis und diskutiere darüber, welche Argumente entscheidend sind.

➔ 3. Die Deutschen gelten im europäischen Vergleich als eifrige Wähler[☺]. Der Anteil der Nichtwähler[☺] ist aber unter jüngeren Wahlberechtigten relativ hoch (vergleiche Arbeitsblatt 02, M2). Diskutiere: Wie könnte die Wahlbeteiligung gerade junger Menschen gefördert werden?



ARBEITSBLATT
04

Wozu wählen?

Grundfunktionen demokratischer Wahlen

1 Wahlfunktionen

In der Demokratie erfüllen Wahlen verschiedene Aufgaben (Funktionen). Die wichtigsten Wahlfunktionen sind:

Legitimation / Kontrolle / Integration / Partizipation / Repräsentation

- ➔ 1. Welche Funktion von Wahlen gehört zu welchem Text (A – E)? Fülle die Überschriftenzeilen richtig aus.
- ➔ 2. Welche Abbildung gehört zu welcher Funktion? Fülle die Kästchen unter den Texten A – E richtig aus.

A. _____

Die Gewählten müssen sich regelmäßig in einer Wahl vor den Bürgern verantworten. Die Wähler können die bisherige Regierung bestätigen oder abwählen und der Opposition die Chance geben, eine andere Politik zu betreiben.

Abbildung Nr.:

B. _____

Bürger entscheiden sich in Wahlen für Personen, Ziele und Programme. Wählen ist die einfachste Form, in der Politik mitzumischen.

Abbildung Nr.:

C. _____

Die Abgeordneten vertreten die Bürger und ihre unterschiedlichen Meinungen. Der Bundestag soll die Interessen der Wählerschaft widerspiegeln.

Abbildung Nr.:

D. _____

Die Wähler beauftragen mit ihrem Votum die Abgeordneten, Gesetze zu erlassen, die verbindlich sind.

Abbildung Nr.:

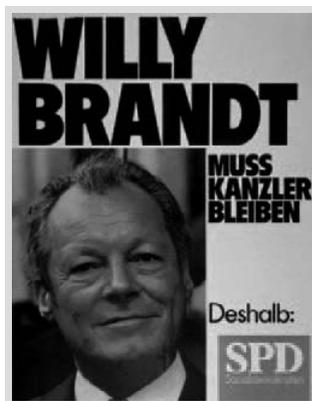
E. _____

Eine hohe Wahlbeteiligung zeigt, dass die Bürger Vertrauen in die demokratischen Institutionen haben. Werden demokratische Wahlen und ihre Ergebnisse in der Bevölkerung akzeptiert, können gesellschaftliche Konflikte friedlich ausgetragen werden, ohne die Stabilität des politischen Systems zu gefährden.

Abbildung Nr.:



— Abb. 1: Namentliche Abstimmung im Bundestag über ein Gesetz.



— Abb. 2: Wahlplakat 1972: Regierung wiederwählen



— Abb. 3: Wahlplakat 2005: Wechsel wählen



— Abb. 4: Abgeordnete im Bundestag: Der Frauenanteil beträgt kaum ein Drittel.



— Abb. 5: Aktion zur Bundestagswahl

Wann ist eine Wahl demokratisch?

2 Wahlrechtsgrundsätze: Merkmale demokratischer Wahlen

Auch in Diktaturen wird gewählt. Wahlen dienen hier der Maskierung von autoritären Herrschern. Damit ein politisches System zu Recht als freiheitlich und demokratisch gilt, müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein, zum Beispiel müssen die Presse- und Meinungsfreiheit, die freie Gründung von Parteien und auch die Durchführung von Wahlen demokratischen Grundsätzen folgen.

➔ Trage die fünf Merkmale einer demokratischen Wahl ein.

— *Tipps:* Die fünf Wahlrechtsgrundsätze haben Verfassungsrang. Du findest sie im Grundgesetz (Art. 38).

_____ ist eine Wahl, bei der grundsätzlich alle Staatsbürger wählen und gewählt werden können - unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe, Sprache, Einkommen oder Besitz, Beruf, Bildung, Konfession oder politischer Überzeugung.

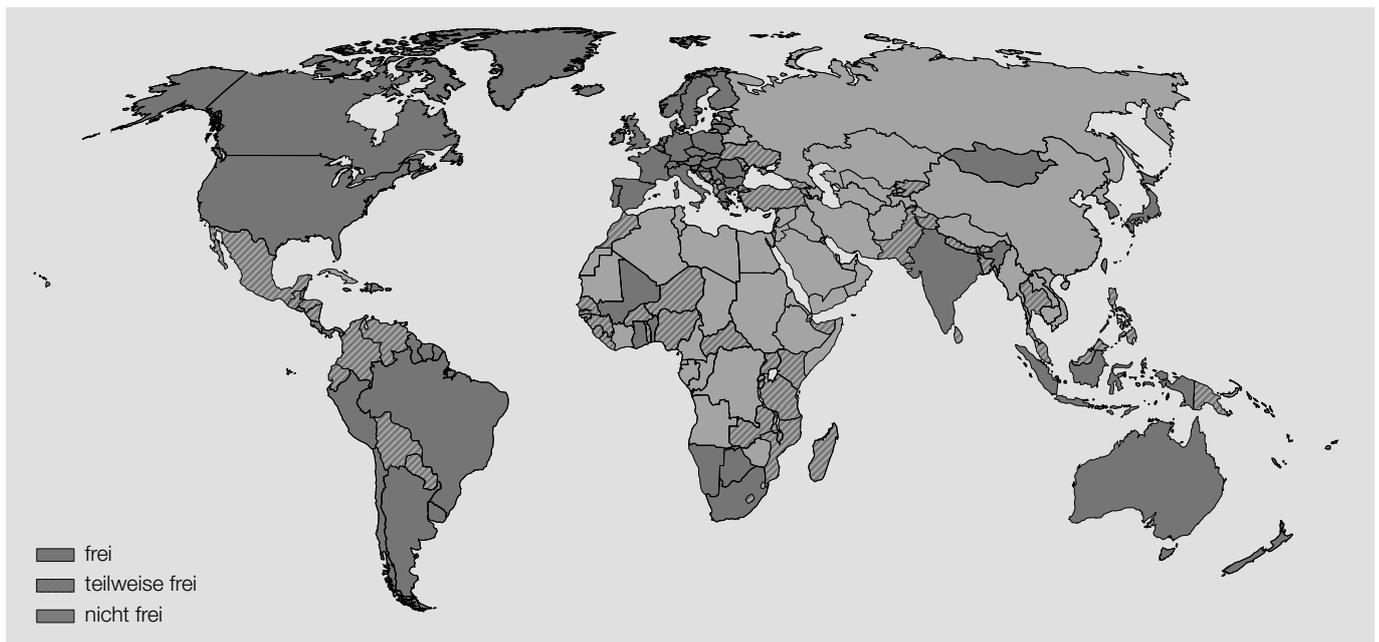
_____ sind Wahlen, bei denen die Abgeordneten direkt und allein durch die Stimmabgabe der Wähler bestimmt werden, ohne dass ein fremder Wille (wie z.B. bei den „Wahlmännern“ in den USA) dazwischengeschaltet ist.

_____ sind Wahlen, wenn die Stimmabgabe ohne Druck erfolgt und auf die Wählenden kein Zwang ausgeübt wird. Keinem Wähler dürfen wegen seiner Wahlentscheidung Nachteile entstehen. Demokratische Wahlen müssen auch eine Auswahl echter politischer Alternativen bieten.

_____ sind Wahlen, bei denen jeder Wähler mit seiner Stimme den gleichen Einfluss auf das Wahlergebnis hat.

_____ müssen demokratische Wahlen sein, damit niemand feststellen kann, wie der einzelne Bürger gewählt hat. Nur so ist eine Stimmabgabe ohne Zwang oder unzulässige Beeinflussung gewährleistet

— Freedom House: Karte der Freiheit 2011



Freedom House ist eine Forschungseinrichtung mit Hauptsitz in Washington. Sie stellt einen jährlichen Bericht über den Grad demokratischer Freiheiten zur Diskussion. In dem Bericht wird der gegenwärtige Stand der bürgerlichen und politischen Rechte in jedem Land der Welt nach bestimmten Kriterien gemessen.

Wahl(un)recht in der Geschichte (1)

Allgemeine und freie Wahlen wurden in Deutschland erst allmählich im Laufe der letzten zwei Jahrhunderte verwirklicht. Bevor sich ein demokratisches Wahlrecht durchsetzen konnte, waren Wahlen wiederholt manipuliert (das bedeutet hier: beeinflusst oder gefälscht) und missbraucht worden.

➔ Untersuche die folgenden Berichte und Quellen und stelle fest, gegen welche Grundsätze demokratischer Wahlen verstoßen wurde!

A Dreiklassenwahlrecht in Preußen



— Abb. 1: Plakat von 1914

In Preußen wurde 1849 das Dreiklassenwahlrecht eingeführt, das bis 1918 gültig blieb. Wahlberechtigt waren alle Männer im Alter ab 25 Jahren. Sie wurden nach ihrer jeweiligen Steuerleistung in drei Klassen eingeteilt. Die erste Klasse umfasste Bürger der reichen Oberschicht, die zweite den wohlhabenden Mittelstand und die dritte schließlich die Angehörigen einer breiten Unterschicht, die wenig oder gar keine Steuern zahlten.

Jede Wählerklasse stellte ein Drittel der Wahlmänner, die dann ihrerseits die Abgeordneten wählten. Dabei waren sie nicht an die Weisungen der Urwähler gebunden.

Bei den Wahlen im Jahre 1903 wählte der damalige Reichskanzler von Bülow (in seinem Wahlkreis) zusammen mit 270 weiteren Wählern der dritten Klasse zwei Wahlmänner aus, während der Wurstfabrikant Heffter die beiden Wahlmänner der ersten Klasse alleine bestimmen konnte.

Außerdem wurden die Wahlen öffentlich abgehalten. Viele Unternehmer und Dienstherrn achteten sehr genau darauf, für welche Kandidaten ihre Arbeiter und Angestellten stimmten. Aus Ostpreußen wird folgende Anekdote berichtet: Vor der Wahl versammelte der Gutsherr das [männliche] Gesinde des Wahlkreises um sich. „Und dass mir ja keine rote (d.h. SPD-) Stimme dabei ist! Wenn bei der Auszählung keine rote Stimme dabei ist, gibt's Freibier für alle!“ Der Gutsherr konnte sich bei offener Abstimmung am Wahntag davon überzeugen, dass niemand SPD gewählt hatte. Da er aber nicht gewillt war, Freibier auszuschenken, gab er schließlich seine eigene Stimme der SPD.

Quelle: Flesch, Kai: Gewählt ist gewählt, adatia Verlag St. Augustin 2008, S. 119 f.

B Wahlen im Dritten Reich



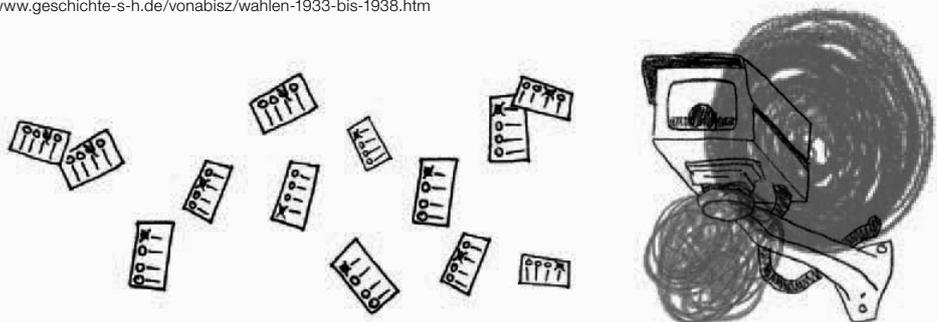
— Abb. 2: Wahlschein 1936



— Abb. 3: „Jeder Wähler, der am Sonntag seine Wahlpflicht erfüllt, erhält diese Plakette.“

Am Wahntag weckten Spielmannszüge der SA oder der HJ die Bevölkerung. Die Wahlpropaganda machte auch vor den Wahllokalen nicht Halt und in ihnen überwachten zumeist NSDAP-Mitglieder als Wahlvorstände die Abstimmung. Offiziell waren Wahlurnen und -kabinen vorgeschrieben und wurde auf das Wahlgeheimnis abgehoben: (...) Allerdings hingen im Wahllokal Hakenkreuzfahnen und Portraits des Reichskanzlers Adolf Hitler. Den Parteimitgliedern war es „erlaubt“ in Dienstiniform den Wahldienst zu verrichten. Nach fast allen Wahlen erhielt man ein Wahlabzeichen, wodurch man auf der Straße sozialen Druck gegenüber den Nichtwählern ausübte, ebenfalls wählen zu gehen. Die SA durfte die Wählerlisten einsehen und begann von Mittag an ihren „Wahlschleppdienst“, um sogenannte „säumige“ Wählerinnen und Wähler zu Hause aufzusuchen. Wer sich diesem Zwang, zur Wahl zu gehen, entzog, konnte auch nach der Abstimmung noch mit Sanktionen – etwa seitens des Arbeitgebers – rechnen. Offiziell mußte öffentlich ausgezählt werden, doch sehr wahrscheinlich wurde von 1936 an die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Quelle: www.geschichte-s-h.de/vonabisz/wahlen-1933-bis-1938.htm





Wahl(un)recht in der Geschichte (2)

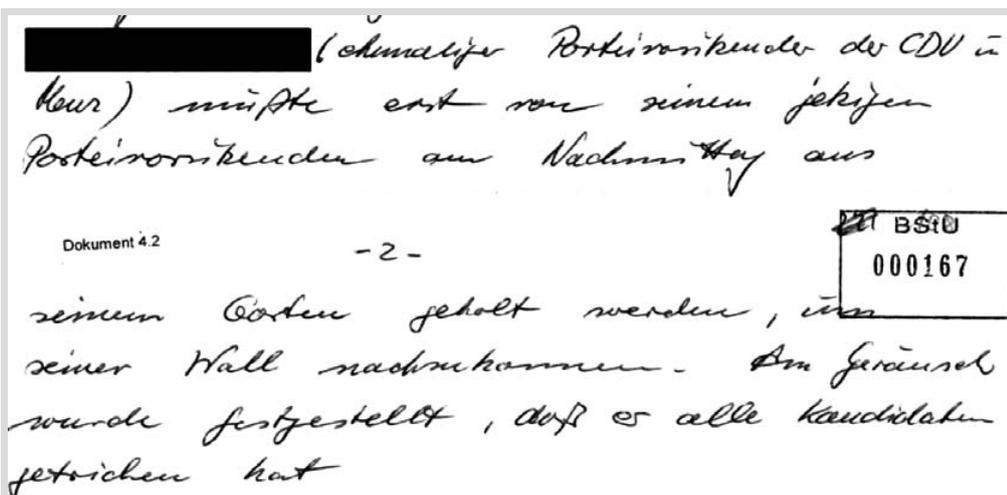
C Wahlen in der DDR

Am 7. Mai 1989 sind die DDR-Bürger wieder einmal aufgerufen, die „Kandidaten der Nationalen Front“ zu wählen. Das Wahlverfahren ist jedoch nur scheinbar demokratisch: Auf einer von der SED abgeseigneten Einheitsliste stehen die Kandidaten - die fast keinem der Wähler bekannt sind. Eine Abstimmung über einzelne Wahlvorschläge ist nicht möglich. Es gibt nur die Unterscheidung zwischen Ja-Stimme, Nein-Stimme und ungültiger Stimme für die gesamte Liste. Was nur wenige DDR-Bürger wissen: Eine Nein-Stimme, also eine Ablehnung des Wahlvorschlags wird nur dann anerkannt, wenn der Wähler auf der Liste jeden einzelnen Namen säuberlich durchstreicht. Jede Abweichung von dieser äußeren Form macht den Stimmzettel ungültig.

Zwar ist in jedem Wahlbüro eine Wahlkabine aufgebaut, doch werden die Bürger, welche die Kabine tatsächlich benutzen, von den bestellten, linientreuen Wahlhelfern registriert: In einem sozialistischen Staat hat in ihren Augen ein rechtschaffener Mensch nichts zu verbergen. In der Bevölkerung wird der Gang zur Wahlurne deshalb auch treffend als „Zettelfalten“ bezeichnet.

Es gibt die ungeschriebene Verpflichtung, an der Wahl teilzunehmen, und die Wahlbeteiligung der DDR-Bevölkerung liegt auch ohne die unmittelbare Anwendung von Druckmitteln bei weit über 90 Prozent. Wer jedoch bis 16 Uhr nicht ins Wahllokal kommt, muss damit rechnen, dass ihn Wahlhelfer zu Hause aufsuchen, um die fehlende Stimme abzuholen. Die Wahlkreise konkurrieren untereinander um die höchste Zustimmungsrates. 99 Prozent sollen es am besten sein - und so muss hier und da manipuliert werden.

Quellen: www.jugendopposition.de/index.php?id=209



— In einem Bericht vom 7. Mai 1989 über die Wahl im Ort Menz (Brandenburg) hält die Staatssicherheit fest, dass der ehemalige Parteivorsitzende der CDU (Name geschwärzt) alle Kandidaten auf dem Wahlzettel durchgestrichen hat.

➡ Welche Verstöße gegen demokratische Wahlrechtsgrundsätze hast du festgestellt? Trage sie stichwortartig in die Tabelle ein. Benutze dazu die Merkmale aus Arbeitsblatt 05.

— A. Wahlrechtsverstöße in Preußen (Dreiklassenwahlrecht)	— B. Wahlrechtsverstöße im Dritten Reich	— C. Wahlrechtsverstöße in der DDR



Mehrheitswahl oder Verhältniswahl? (1)

1 Unterschiede der Wahlsysteme

Am Wahltag geben die Wähler[☺] ihr Votum (das heißt: ihre Stimme) ab und erfahren am Abend, wie viele Stimmen die Kandidaten[☺] und Parteien insgesamt erhalten haben. Aber wie wird aus den gezählten Stimmen politische Macht? Die Stimmen der Wähler[☺] müssen in Parlamentsmandate umgerechnet werden. Dies geschieht auf ganz unterschiedliche Weise, wie die folgenden Beispiele zeigen:

In Großbritannien erreichte Tony Blair aufgrund des Mehrheitswahlsystems bei der Wahl von 2005 eine absolute Mehrheit im britischen Unterhaus (356 von insgesamt 645 Sitzen), obwohl seine Labour Party mit 35,2 Prozent nur eine relative Mehrheit der Wählerstimmen auf sich vereinigen konnte. Mit einem gleich großen Wähleranteil von 35,2 Prozent erhielt die von Angela Merkel geführte CDU/CSU bei den Bundestagswahlen 2005 nur 223 der insgesamt 612 Mandate. Die Regierungsbildung war nur dadurch möglich, dass die politischen Kontrahenten[☺] CDU/CSU und SPD eine Große Koalition bildeten. Drei weitere Parteien zogen in den Bundestag ein.

Die verschiedenen Wahlsysteme wirken sich also entscheidend auf das Wahlergebnis aus, sie schaffen Gewinner[☺] und Verlierer[☺], begünstigen oder benachteiligen Kandidaten[☺] bzw. Parteien und sie geben den Stimmen der Wähler[☺] mehr oder weniger Gewicht.

➔ Rechenbeispiel: Eine Million Wähler[☺] haben in unserem Beispielstaat bei der Parlamentswahl ihre Stimmen für die zehn mal vier Wahlkreiskandidaten[☺] bzw. Parteien abgegeben. Berechne die Verteilung der zehn Sitze im neuen Parlament nach dem **Mehrheits-** und nach dem **Verhältnswahlrecht** (siehe dazu auch Arbeitsblatt 09).

— Mehrheitswahlrecht (zehn Sitze sind zu vergeben)

— Wahlkreis (WK) Pro Wahlkreis je 100.000 Wähler [☺]	— Partei A Erzielte Wählerstimmen:	— Partei B Erzielte Wählerstimmen:	— Partei C Erzielte Wählerstimmen:	— Partei D Erzielte Wählerstimmen:	— Mehrheitswahl Einen Sitz erhält der Kandidat [☺] der Partei...
WK 1	33.000	40.000	21.000	6.000	B
WK 2	28.000	41.000	16.000	15.000	
WK 3	64.000	11.000	20.000	5.000	
WK 4	29.000	48.000	12.000	11.000	
WK 5	25.000	45.000	20.000	10.000	
WK 6	52.000	28.000	12.000	8.000	
WK 7	34.000	35.000	15.000	16.000	
WK 8	56.000	29.000	8.000	7.000	
WK 9	58.000	22.000	12.000	8.000	
WK 10	32.000	51.000	8.000	9.000	
Summe	411.000	350.000	144.000	95.000	

— Verhältnswahlrecht (zehn Sitze sind zu vergeben)

Die Berechnung:
$$\frac{\text{Gesamtzahl der Sitze} \times \text{Stimmenzahl der Partei}}{\text{Gesamtzahl der Stimmen aller Parteien}}$$

Vor dem Komma ist abzulesen, wie viele Sitze jede Partei mindestens erhält. Die dann noch zu vergebenden Sitze werden den Parteien in der Reihenfolge der größten Zahlenbrüche hinter dem Komma zugeteilt.

➔ 1. Ein Wahlsystem soll den politischen Willen der gesamten Wählerschaft im Parlament sowohl möglichst genau abbilden als auch eine regierungsfähige Mehrheit hervorbringen. Welches Wahlsystem erfüllt welche Aufgabe besser?

	Partei A	Partei B	Partei C	Partei D
Ergebnis (auf Hundertstel genau)				
Endgültige Sitzverteilung				
Zum Vergleich: Sitzverteilung nach dem Mehrheitswahlsystem				

➔ 2. Lassen sich auch beide Ziele in idealer Weise gleichzeitig erreichen?

Mehrheitswahl oder Verhältniswahl? (2)

2 Auswirkungen von Mehrheitswahl und Verhältniswahl

— Mehrheitswahl: „Dem Sieger“ alles“

Bei der Mehrheitswahl wird das Wahlgebiet in so viele Wahlkreise eingeteilt, wie Abgeordnete zu wählen sind. Der Wähler hat eine Stimme, die er dem Wahlkreiskandidaten gibt. Der Kandidat, der die meisten Stimmen erhält, zieht ins Parlament ein (**relative Mehrheit**). Die Stimmen der unterlegenen Kandidaten verfallen. Bei einer **absoluten Mehrheitswahl** benötigt ein Kandidat über die Hälfte der Wählerstimmen. Erreicht er das im ersten Wahlgang nicht, findet eine Stichwahl unter den beiden Bewerbern mit den meisten Wählerstimmen statt.

— Verhältniswahl: „Jedem“ nach seinem Anteil“

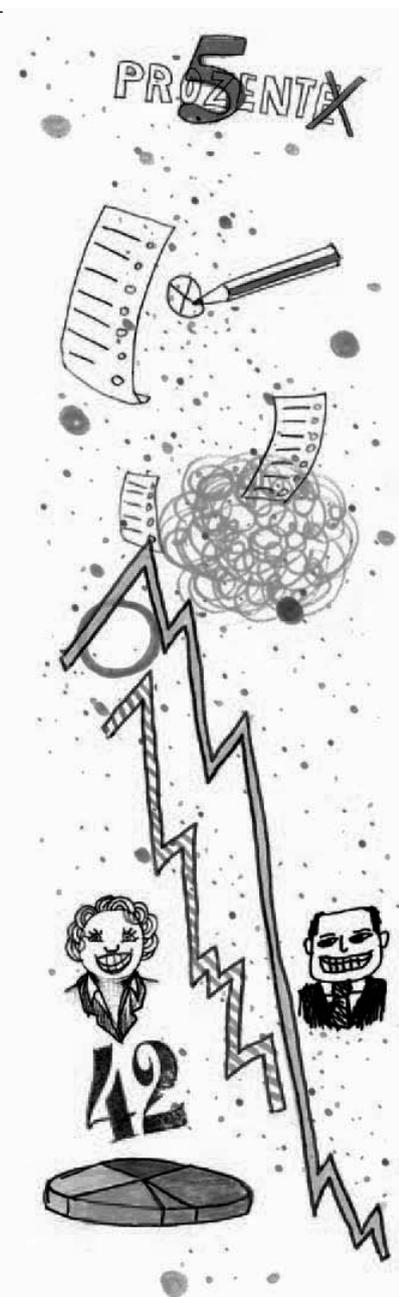
Beim reinen Verhältniswahlrecht entscheiden sich die Wähler nicht für einzelne Kandidaten, sondern für die Liste einer Partei. Welche Personen als Volksvertreter ins Parlament einziehen, entscheidet die Reihenfolge der Kandidaten auf den Listen, die von den Parteien selbst festgelegt wird. Jede Partei schickt so viele Abgeordnete ins Parlament, wie es ihrem Anteil an abgegebenen Stimmen im gesamten Wahlgebiet entspricht. Wenn es keine Sperrklauseln gibt (vergleiche z.B. Fünfprozenthürde bei der Bundestagswahl), sind auch sehr kleine Parteien im Parlament vertreten.

➔ Ergänze die folgenden Sätze zu vollständigen und zutreffenden Aussagen über das jeweilige Wahlsystem. Trage dazu den Begriff „Mehrheits-“ oder „Verhältnis-“ an der richtigen Stelle ein.

— **Tipp:** Für das Lösungswort schreibe die Buchstaben zunächst aller Aussagen über die Verhältniswahl, dann die über die Mehrheitswahl in die Kästchen:

- Das _____wahlrecht ist gerechter, weil jede Stimme gleich viel zählt und auch kleine Parteien entsprechend ihrer Stärke im Parlament vertreten sein können. E
- Das _____wahlrecht trägt durch die unmittelbare Wahl im Wahlkreis zu einer intensiveren Verbindung zwischen dem Abgeordneten und seinem Wahlkreis bei. A
- Das _____wahlrecht berücksichtigt den gesellschaftlichen Wandel, denn neue politische Strömungen und Parteien erhalten leichter Zugang zum Parlament. U
- Die Wähler entscheiden bei der _____wahl direkt über die Regierung und nicht die Parteien in Koalitionsverhandlungen nach der Wahl. W
- Experten haben beim _____wahlrecht größere Chancen im Parlament vertreten zu sein, denn sie können bei Wahlen über die Landesliste einer Partei besser abgesichert werden. R
- Die _____wahl führt in der Regel zu einem Zweiparteiensystem und fördert die Bildung stabiler Regierungen. A
- Beim _____wahlrecht lassen sich die Wahlergebnisse nicht durch die Einteilung von Wahlkreisen im Interesse einer Partei manipulieren („keine Wahlkreisgeometrie“). O
- Beim _____wahlsystem haben kleine Parteien nur geringe Chancen ins Parlament einzuziehen. Dadurch wird dort eine Zersplitterung durch viele Parteien verhindert. H
- Beim _____wahlrecht kommt es zur Bildung von Koalitionen und dem Aushandeln von Kompromissen, so dass viele gesellschaftliche Kräfte, ethnische* und religiöse Gruppen am politischen Prozess beteiligt sind. P
- Die _____wahl erleichtert den Regierungswechsel, weil geringe Veränderungen in der Wählerschaft große Veränderungen in der Zusammensetzung des Parlaments auslösen können. L

*ethnisch: eine einheitliche Volksgruppe betreffend



ARBEITSBLATT
10

Wie aus Wählerstimmen Bundestagsmandate werden (1)

A Die Wahl und das „personalisierte Verhältniswahlrecht“



— Abb. 1: Stimmzettel der Bundestagswahl 2005.

Bei der Bundestagswahl haben die Wahlberechtigten zwei Stimmen. Mit ihnen entscheiden sie über 598 Bundestagsmandate (ohne Überhangmandate: siehe Schritt 6). Der Wähler[♂] kann die Erststimme auch für einen Wahlkreis Kandidaten[♂] abgeben, der nicht der Partei angehört, die er mit der Zweitstimme wählt (so genanntes Stimmensplitting).

➔ Beschreibe die Gestaltung des Stimmzettels. Ist der Unterschied zwischen Erst- und Zweitstimme anschaulich und hinreichend deutlich dargestellt? Begründe deine Meinung.

Die Erststimme

Das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland ist in 299 Wahlkreise eingeteilt. Die Parteien stellen in jedem Wahlkreis einen Kandidaten[♂] auf. Wer die meisten Erststimmen bekommen hat (relative Mehrheit), vertritt den Wahlkreis im Bundestag und erhält das sogenannte Direktmandat. Die Erststimme macht den „personalisierten“ Teil des Wahlsystems aus, weil der Wähler[♂] damit eine bestimmte Person wählt.

Die Zweitstimme

Jede Partei stellt in jedem Bundesland eine Kandidatenliste (Landesliste) zusammen. Die Wähler[♂] geben ihre Zweitstimme für eine dieser Landeslisten ab. Im Verhältnis der für eine Partei im ganzen Wahlgebiet abgegebenen Stimmen werden dann die Sitze im Parlament berechnet (Verhältniswahl). Nur die Zweitstimme entscheidet also über die Mehrheitsverhältnisse, d.h. darüber, wie stark die einzelnen Parteien im Bundestag vertreten sind.

B Die Sitzverteilung

1. Schritt

Nach Schließung der Wahllokale zählen die Wahlhelfer[♂] an Ort und Stelle die Stimmen aus und zwar die Erststimmen (für den Direktkandidaten[♂] des Wahlkreises) und die Zweitstimmen für die Landeslisten der Parteien. Das wird in jedem Wahllokal (einschließlich der Sonderwahlbezirke und der Briefwahlbezirke) gemacht und das Ergebnis dem Kreiswahlleiter[♂] gemeldet. Welche Direktkandidaten[♂] in den 299 Wahlkreisen mit den Erststimmen gewählt wurden, weiß man dann sofort. Die kommen auf jeden Fall in den Bundestag.

2. Schritt

Der Kreiswahlleiter[♂] stellt das Wahlkreisergebnis fest und meldet es dem Landeswahlleiter[♂]. Davon gibt es in jedem Bundesland einen.

3. Schritt

Dort wird das Landesergebnis festgestellt und an den Bundeswahlleiter[♂] gemeldet. Dieser vereint die Ergebnisse aus allen 16 Bundesländern. Wie die restlichen 299 Abgeordnetenplätze auf die Landeslisten und die Parteien verteilt werden müssen, das muss noch ausgerechnet werden. Das Verfahren hierzu ist etwas kompliziert, denn man kann ja nur ganze Sitze vergeben (und keine Stellen nach dem Komma, wie es bei Prozentzahlen vorkommt). Mit der Bundestagswahl 2009 wird das Verfahren nach Sainte-Laguë/Schepers angewandt.

— Stimmenverrechnung nach Sainte-Laguë/Schepers

Es sind 11 Sitze zu vergeben

	— Partei A	— Partei B	— Partei C
— Stimmenzahl	6.000	3.100	2.950

Die Stimmen der Parteien, die an der Sitzverteilung teilnehmen, werden durch einen Divisor geteilt. Als Divisor eignet sich die auf einen Sitz durchschnittlich entfallende Anzahl der Stimmen, hier 1095 (12.050:11).

$$\frac{\text{Stimmen pro Partei}}{1095}$$

Die Ergebnisse der Division werden anschließend auf ganze Zahlen auf- oder abgerundet. An den ganzzahligen Resultaten lässt sich die Sitzverteilung unmittelbar ablesen. Ist ihre Summe größer/kleiner als erforderlich, wird die Rechnung mit einem kleineren/größeren Divisor wiederholt.

	5,48	2,83	2,69
— Sitze	abgerundet 5	aufgerundet 3	aufgerundet 3



Wie aus Wählerstimmen Bundestagsmandate werden (2)

4. Schritt

Der Bundeswahlleiter \ddot{a} stellt anhand der Zweitstimmen fest, ob jede Partei die 5%-Hürde erreicht hat, denn nur diese Parteien ziehen in den Bundestag ein (Ausnahme: eine Partei hat 3 Direktmandate errungen). Die Stimmen der Parteien, die die 5%-Hürde nicht erreicht haben, werden nun nicht mehr mitgezählt. Dann wird (ab 2009 nach Sainte-Laguë/Schepers; bis 2005 noch nach Hare/Niemeyer) ausgerechnet, wieviele Mandate (Sitze) jede Partei im Bundestag erhält: Die Stimmenzahl jeder einzelnen Partei wurde dazu mit der Gesamtzahl der Sitze multipliziert und danach durch die Zahl aller gültigen Zweitstimmen geteilt (Beispiel von 2005).

- ➔ 1. Errechne, wie viele Mandate die im Bundestag vertretenen Parteien bei der Wahl 2005 erhalten haben.
- ➔ 2. Wieviele Stimmen benötigt eine Partei im Durchschnitt, um ein Mandat (Sitz) im Bundestag zu erringen?

— Verteilung der Sitze auf die Parteien (ohne Überhangmandate)

	— Sitze im Bundestag insgesamt	— Zweitstimmen nach Partei	— Zweitstimmen insgesamt	— Sitze nach ganzen Zahlen	— Rest	— Sitze nach dem größten Rest	— Sitze der Partei insgesamt
SPD	598 x	16.194.665	: 45.430.378 =	_____	_____	_____	_____
CDU		13.136.740		172	.918 890	+1	173
CSU		3.494.309		_____	_____	_____	_____
FDP		4.648.144		_____	_____	_____	_____
B'90 GRÜNE		3.838.326		_____	_____	_____	_____
DIE LINKE		4.118.194		_____	_____	_____	_____
Summe		45.430.378		595		+3	598

5. Schritt

Danach steht fest, wie viele Sitze jede Partei insgesamt bekommt, aber noch nicht, wie viele davon auf welche Landesliste entfallen. Also zum Beispiel, wie viele Sitze die SPD in Hessen oder wie viele die CDU in Sachsen bekommt. Die Landesparteien erhalten ihre Mandate entsprechend ihrem Zweitstimmenanteil in dem jeweiligen Bundesland (Verfahren wie Schritt 4).

6. Schritt

Nun wird ermittelt, welcher Kandidat \ddot{a} in den Bundestag einzieht. Die Direktkandidaten haben wir ja schon oben erwähnt (siehe Schritt 1). Die werden von der Gesamtzahl der Sitze, die einer Partei in einem Bundesland zustehen, gleich abgezogen. Wenn noch welche übrig sind, werden die Kandidaten \ddot{a} der Reihe nach von der Landesliste ihrer Partei in den Bundestag geschickt. Wenn einer Partei weniger Stimmen zustehen, als sie bereits Direktmandate errungen hat, so behält sie diese Direktmandate trotzdem (sogenannte Überhangmandate), aber wenn ein Abgeordneter \ddot{a} dieser Partei zurücktritt oder stirbt, dann rückt niemand nach (anders als bei den Landeslisten).

➔ Beispiel 1: Die CDU in Niedersachsen hatte 2005 vier Direktmandate errungen. Nach ihrem Zweitstimmenanteil standen ihr 21 Sitze zu. Wie viele Kandidaten \ddot{a} konnte sie von ihrer Landesliste in den Bundestag entsenden?

Die CDU Niedersachsen konnte _____ Kandidaten \ddot{a} von ihrer Landesliste in den Bundestag entsenden.

➔ Beispiel 2: In Sachsen-Anhalt entfielen auf die SPD entsprechend dem Zweitstimmenanteil sechs Bundestagsabgeordnete. Sie hatte in allen zehn Wahlkreisen Direktmandate gewonnen. Wie viele SPD-Abgeordnete aus Sachsen-Anhalt kamen somit 2005 in den Bundestag? Warum?

Wählen und Abstimmen

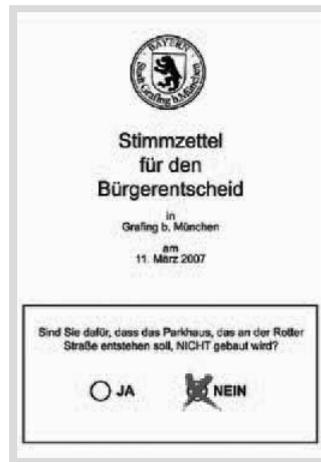
1 Was ist der Unterschied?

Der Artikel 20 GG, Satz 2 lautet: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtssprechung ausgeübt“.

- ➔ 1. Betrachte die Stimmzettel (Abb.1 und 2). Handelt es sich um eine Wahl oder um eine Abstimmung?
- ➔ 2. Beschreibe, was „Wählen“ und was „Abstimmen“ bedeutet. Formuliere eine kurze Definition, die den Unterschied verdeutlicht.



— Abb. 1



— Abb. 2

Wählen bedeutet

(Beispiel Abb. Nr...) _____

Abstimmen bedeutet

(Beispiel Abb. Nr...) _____

2 Worüber können wir abstimmen?

➔ Füge die folgenden Begriffe richtig ein: Bürgerentscheid / Bundesländer / Bundesebene / kommunaler Ebene / Neugliederung / Staatsfinanzen / ~~Volksbegehren~~ / Volksentscheiden

1. Volksabstimmungen auf _____ sind nach Art. 29 GG auf die Frage der _____ des Bundesgebietes beschränkt.
Beispiel: Das Land Baden-Württemberg wurde 1952 auf dem Wege eines Volksentscheides gegründet.

2. In den Verfassungen aller _____ sind Volksbegehren und Volksentscheide vorgesehen. Die Hürden für das Zustandekommen von Volksbegehren sind allerdings hoch, und in _____ kann nicht über alle Gegenstände entschieden werden. Fragen der _____ sind häufig ausgenommen.

Beispiel: In Berlin hatte die Initiative „ProReli“ in einem Volksbegehren mehr als die geforderten 170 000 Unterschriften gesammelt. Die wahlberechtigten Bürger[☺] konnten dann in einem Volksentscheid darüber abstimmen, ob zukünftig an Berlins Schulen Religion und Ethik als gleichberechtigte Wahlpflichtfächer angeboten werden.

3. Auf _____ haben die Bürger[☺] die besten Chancen und am häufigsten die Möglichkeit, in einem _____ eine Sachfrage selbst zu entscheiden. Da die Verhältnisse in Gemeinden überschaubar sind, wird ihnen in kommunalen Angelegenheiten am ehesten ein kompetentes Urteil zugetraut.

— **Tip:** Informationen über die Regelungen in deinem Bundesland bzw. in deiner Gemeinde findest du unter: www.mehr-demokratie.de

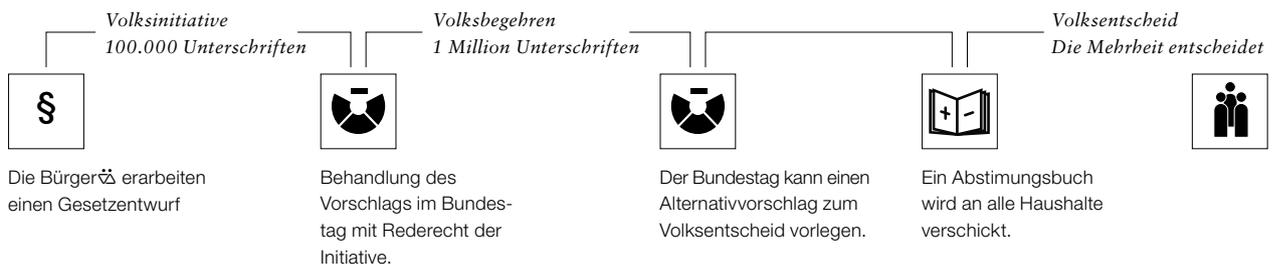
Mehr direkte Demokratie wagen?

Die Bundesrepublik ist eine repräsentative Demokratie. Die Bürger wählen die Abgeordneten als ihre Vertreter (=Repräsentanten), die dann im Parlament alle politischen Entscheidungen treffen. Vielen genügt es aber nicht, nur darüber zu befinden, von wem sie regiert bzw. repräsentiert werden. Sie fordern mehr direkte Demokratie und wollen selbst entscheiden, wenn es um wichtige Belange für ganz Deutschland geht. Der Verein „Mehr Demokratie e.V.“ hat zum Beispiel einen Gesetzesvorschlag vorgelegt, der die Einführung eines Volksentscheids auf Bundesebene vorsieht (M1).

- ➔ 1. Macht euch mit dem Vorschlag M1 vertraut und klärt dabei die Begriffe Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid.
- ➔ 2. Bereitet in Gruppenarbeit eine Stellungnahme vor. Diskutiert zunächst über den Vorschlag M1. Ihr könnt ihn unverändert übernehmen, abändern oder ablehnen. Begründet anschließend eure Haltung mithilfe von M2. Sucht Argumente heraus, die eure Meinung stützen und ordnet sie nach Wichtigkeit (Steigerung!). Kreuzt die Pro- und Contra-Argumente unterschiedlich an.
- ➔ 3. Führt eine Parlamentsdebatte durch zum Thema „Mehr direkte Demokratie wagen – Soll ein Volksentscheid auf Bundesebene eingeführt werden?“ und stimmt anschließend darüber ab.

— *Tipp:* Vergleiche auch die Parlamentsdebatte über die Gesetzesvorschläge der drei Oppositionsfraktionen, die am 23. April 2009 abgelehnt wurden (Suchmaschinen im Internet).

— M1: Der Gesetzentwurf von „Mehr Demokratie für Deutschland“



— M2: Argumente Pro und Contra Volksentscheid

1. Demokratie ist ihrem Ursprung nach die Herrschaft des Volkes. Wer gegen Volksabstimmungen ist, misstraut den Bürgern.
2. Unpopuläre, aber wirklich notwendige Gesetze sind in einer direkten Demokratie schwer durchsetzbar.
3. Am Beispiel der Schweiz lässt sich beobachten, dass eine direkte Demokratie hervorragend funktioniert.
4. Der normale Bürger ist nicht in der Lage, über komplizierte Sachverhalte abzustimmen. Ihm fehlen das notwendige Fachwissen und auch die Zeit, sich umfassend zu bilden.
5. In einer direkten Demokratie können gut organisierte und finanzstarke Interessengruppen die öffentliche Meinung manipulieren und mit teuren Werbekampagnen ihre Belange auf Kosten der Allgemeinheit durchsetzen.
6. Volksabstimmungen sind ein wirksames Mittel gegen Politikverdrossenheit. Wer abstimmen darf, interessiert sich auch mehr für Politik. Die Zufriedenheit der Bürger mit der Demokratie wäre größer, denn das Volk würde als mündiger Souverän ernst genommen.
7. Volksentscheide führen dazu, dass sich die Regierung stärker an den Vorstellungen des Volkes orientiert und weniger an den Interessen der Lobbyisten.
8. Das Volk ist nicht in der Lage, rationale Entscheidungen zu fällen. Es reagiert oft launisch und emotional. Bei Kindesentführungen würde vielleicht sogar die Todesstrafe wieder eingeführt.
9. Jeder kann sich heute in Zeitungen, im Fernsehen und im Internet vielfältig informieren und ausreichend auf eine Volksabstimmung vorbereiten.
10. Die repräsentative Demokratie hat sich bewährt. Wer eine andere Politik oder andere Politiker möchte, kann dies durch Wahlen herbeiführen.
11. Volksabstimmungen kann es nur bei Fragen geben, die sich auf ein klares Ja oder Nein vereinfachen lassen. Die meisten politischen Probleme sind aber vielschichtig und das Aushandeln von Kompromissen wird durch das bedingungslose Entweder-Oder von Volksentscheiden nur erschwert.
12. Die repräsentative Demokratie wird durch direkte Bürgerbeteiligung ergänzt, nicht abgeschafft. Volksentscheide auf Bundesebene wären eine Bereicherung der Demokratie, weil die Bürger auch über die Wahl hinaus politisch aktiv sein könnten.

— *Tipp:* Themenblätter im Unterricht Nr. 88: „Direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung“, online unter: www.bpb.de/themenblaetter



Wahlrechtsreform: Was könnte man besser machen?

➔ 1. Die folgende Liste enthält Vorschläge für eine mögliche Reform der Bundestagswahlen. Kreuze die Vorschläge an, die dir sinnvoll erscheinen.

- 1. Das Wahlalter soll auf 14 Jahre herabgesetzt werden.
- 2. Die Fünf-Prozent-Klausel wird abgeschafft.
- 3. Ein Abgeordneter[☒] kann nur einmal wiedergewählt werden.
- 4. Die „starrten“ Parteilisten bei der Bundestagswahl werden abgeschafft. Die Wähler[☒] können ihre Stimme für eine Partei abgeben und die Rangfolge der Kandidaten[☒] auf der Landesliste beeinflussen.
- 5. Die Zahl der Bundestagsmandate wird an die Wahlbeteiligung gekoppelt. Werden die Bürger[☒] nicht ausreichend zum Wählen motiviert, entstehen kleinere Parlamente.
- 6. Das Verhältniswahlrecht (Zweitstimme) wird abgeschafft. Die Bundestagsabgeordneten werden in einer reinen Mehrheitswahl gewählt.
- 7. Der Bundeskanzler[☒] wird nicht mehr durch den Bundestag, sondern vom Volk direkt gewählt.
- 8. Ein Familienwahlrecht wird eingeführt. Eltern dürfen für jedes ihrer minderjährigen Kinder eine weitere Stimme abgeben.
- 9. Bei den meisten Kommunalwahlen kann der Wähler[☒] kumulieren, d.h. mehrere Stimmen auf einen Kandidaten[☒] vereinen. Das Kumulieren wird auch bei Bundestagswahlen möglich.
- 10. Die Legislaturperiode des Bundestages wird auf zwei Jahre verkürzt.
- 11. Online-Wahlen (E-Voting) werden eingeführt. Eine Stimmabgabe ist auch vom heimischen Computer oder von unterwegs per SMS möglich.
- 12. Die Wähler[☒] (und nicht mehr die Delegierten einer Partei) entscheiden in einer Art „Vorwahlen“ auch über die Zusammensetzung der Landeslisten, also bereits darüber, wer sich zur Wahl stellt.
- 13. Die Legislaturperiode des Bundestages wird auf fünf Jahre erhöht.
- 14. Das Panaschieren wird auch bei Bundestagswahlen möglich. (Erklärung: Bei den meisten Kommunalwahlen können die Wähler[☒] „panaschieren“, d.h. eine Anzahl Stimmen auf Kandidaten[☒] verschiedener Parteien verteilen.)
- 15. Der Bundestag wird verkleinert. 300 Abgeordnete reichen.
- 16. Für Überhangmandate wird den übrigen Parteien ein angemessener Ausgleich gewährt.

➔ 2. Vergleiche deine Ergebnisse in der Kleingruppe. Wählt gemeinsam maximal drei Vorschläge aus, die ihr für besonders wichtig und sinnvoll haltet (Favoriten). Begründet eure Auswahl. Dabei könnt ihr euch von folgenden Prüffragen leiten lassen:

Ist der Vorschlag im Vergleich zur geltenden Regelung besser geeignet, ...

- A den Wählerwillen auszudrücken?
- B die Wählerschaft gerecht widerzuspiegeln?
- C die Bildung einer stabilen Regierung zu gewährleisten?
- D die politische Teilhabe der Bürger[☒] zu ermöglichen?

Unsere drei Favoriten:

- Nr. Begründung A B C D
- Nr. Begründung A B C D
- Nr. Begründung A B C D

➔ 3. Diskutiert die Auswahl der Kleingruppen. Könnt ihr euch auch in der Klasse auf die drei wichtigsten Reformvorschläge einigen?

Wahlrecht für Kinder?

Im Jahr 2009 lebten in Deutschland 81,8 Millionen Menschen. Allerdings durften nur 62,2 Millionen, also nur drei von vier, an der Bundestagswahl 2009 teilnehmen. Nicht wahlberechtigt waren rund 7 Millionen Ausländer¹, aber auch mehr als 12 Millionen deutsche Kinder und Jugendliche. Ist das mit dem Grundsatz einer allgemeinen Wahl (Art 38 (1) GG) vereinbar? Das Grundgesetz bestimmt andererseits auch, dass nur die Personen wahlberechtigt sind, die das 18. Lebensjahr vollendet haben (Art 38 (2) GG)¹. Das bedeutet, dass die Deutschen fast ein Viertel ihrer Lebenszeit auf das Wahlrecht verzichten müssen. Zunehmend wird öffentlich die Frage diskutiert, ob das Wahlalter abgesenkt oder die Altersgrenze beim Wählen ganz abgeschafft werden soll.



➔ 1. Was meinst du? Stimme ab:

— Stimmzettel: Änderung des Wahlrechts

Ich stimme für folgende Änderung des Wahlrechts:	
1. Wahlrecht ohne Altersgrenze (Kinder dürfen ab Geburt selbst wählen) <input type="checkbox"/>	4. Wahlrecht mit Befähigungsnachweis (Wer die Wahlfähigkeitsprüfung besteht, darf unabhängig vom Alter wählen) <input type="checkbox"/>
2. Familienwahlrecht (Die Eltern erhalten pro Kind eine weitere Wahlstimme) <input type="checkbox"/>	5. Anderer Vorschlag _____
3. Wahlrecht ab 14 Jahre <input type="checkbox"/>	Ich bin für die Beibehaltung des bisherigen Wahlalters:
	6. Wahlrecht ab 18 Jahre <input type="checkbox"/>

— Ein Streitgespräch

Familie Huber auf dem Weg zum Wahllokal.	Timo (9 Jahre): „Genau! Dann würde ich mich testen lassen und auch wählen!“
Lisa (14 Jahre): „Warum darf ich eigentlich nicht wählen, wo doch alle Politiker sagen, dass es um unsere Zukunft geht. Klimawandel, Umweltzerstörung, – das betrifft mich doch mehr als Oma und die darf wählen.“	Herr Huber: „Wahlrecht für Kinder? Das fehlte gerade noch! Kinder kann man doch ganz leicht manipulieren. Die Politiker würden im Wahlkampf Gummibärchen verschenken und wenn sie gewonnen haben, doch nichts für die Kinder tun.“
Herr Huber: „Mag sein. Aber wer wählt, muss auch Bescheid wissen. Und was die Politik betrifft, so sind die meisten Jugendlichen ahnungslos.“	Lisa: „Besser als nichts. Als Erwachsener kriegst du nicht mal Gummibärchen.“
Lisa: „Aber der Maier von gegenüber hat doch auch keine Ahnung von Politik, sagst du jedenfalls immer!“	Frau Huber: „Für die kleinen Kinder könnten ja stellvertretend die Eltern wählen. Vielleicht würde dann endlich mehr für die Familien getan.“
Frau Huber: „Man könnte ja einen Reifetest fürs Wählen einführen.“	

➔ 2. Eröffne eine Pro- und Contra-Debatte über die Vorschläge zur Wahlrechtsänderung. Formuliere dazu ein Statement (Stellungnahme) und plädiere für deinen (Änderungs-)Vorschlag.

➔ 3. Führe das Streitgespräch über das Wahlalter in verteilten Rollen fort.

¹ Art. 38 (2) GG gilt für die Bundestagswahl. Allerdings gilt das Wahlrecht ab 18 auch für alle anderen Wahlen mit Ausnahme der Kommunalwahlen in sechs Bundesländern; in Bremen darf ab 16 auch die Bürgerschaft (= Landtag) gewählt werden (Stand: Oktober 2011).

ARBEITSBLATT
16

Wähler und Gewählte – ein schwieriges Verhältnis?

➔ 1. Ergänze möglichst sinnvoll die folgenden Karikaturen. Betrachte zunächst genau die dargestellten Personen: Wer ist gemeint? Was sagen Kleidung und Gegenstände über die Personen aus? Welche Haltung verraten Mimik und Gestik?

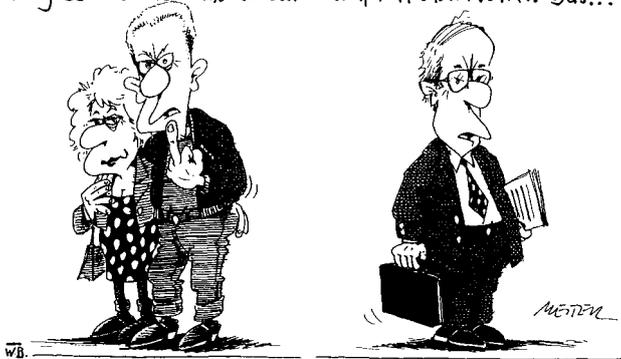
➔ 2. Tausche anschließend die Arbeitsblätter mit anderen aus. Was wollen die Ergänzungen und die Zeichnungen eurer Mitschüler ausdrücken?

A Die Ergänzungen der Aussagen lauten meines Erachtens:

„Politiker?! _____.“

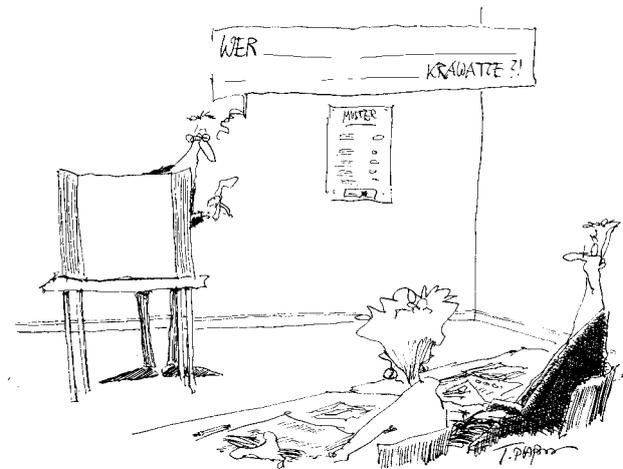
„Das Volk?! _____.“

Politiker!? Könn' Se vergessen! Die machen...
Das Volk!? Hör'n Sie mir auf mit dem Volk!! Das...

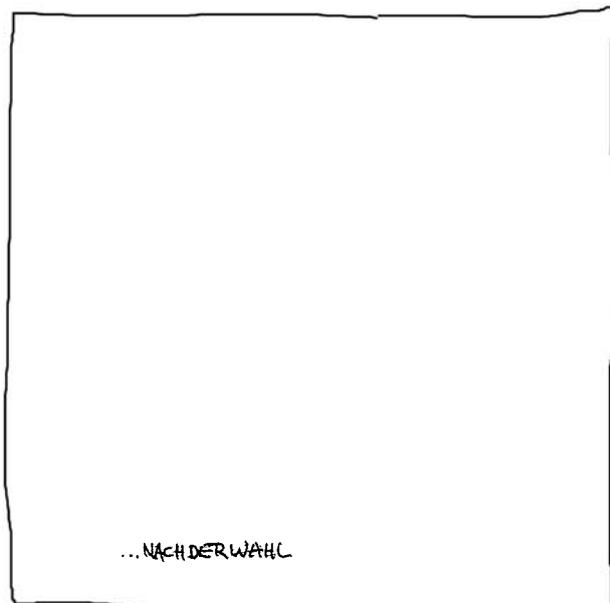


B Das steht meiner Vermutung nach in der Sprechblase:

„Wer _____ Krawatte?!“



C Wie sieht die zeichnerische Fortsetzung aus?



➔ 3. Vergleicht eure Ergebnisse mit den Originalkarikaturen (Lehrer fragen!).

➔ 4. Ist die Kritik der Karikaturisten an Politikern und Wählern gerechtfertigt? Macht Vorschläge zur Lösung der angesprochenen Probleme. Sammelt dazu weitere Karikaturen.



Wer wählt welche Partei?

Es gibt viele Gründe, warum sich Wähler[♂] für eine bestimmte Partei entscheiden. Die Wählerbefragung am Wahltag soll Aufschluss über das Wahlverhalten geben (vgl. M2). Wer wählt wen? Und warum? Lassen sich diese Fragen mit den folgenden Daten befriedigend beantworten?

➔ 1. Überprüfe die Behauptungen von M1 anhand der Wählerstatistik M2. Welche Aussagen lassen sich belegen, welche nicht? Streiche die falschen Aussagen durch.

— *Tipp:* Stelle zunächst fest, ob die genannte Bevölkerungsgruppe in der Statistik aufgeführt ist. Vergleiche dann das Wahlergebnis dieser Gruppe mit dem Gesamtergebnis aller Wähler[♂] der genannten Partei.

— M1: Populäre (Vor-)Urteile über Parteien und ihre Wähler[♂]

1. „Die SPD ist die Partei der kleinen Leute.“
2. „B'90/Die Grünen ist eine Partei für junge Leute“
3. „Die Linke ist die Partei der Armen und Arbeitslosen.“
4. „B'90/Die Grünen ist eine Partei für Akademiker.“
5. „Die FDP ist die Partei der Besserverdienenden.“
6. „Die SPD ist die Partei der Gewerkschafter.“
7. „Frauen denken sozialer, deshalb wählen sie eher links.“
8. „Die wirklich Gläubigen wählen CDU/CSU.“
9. „Die Linke ist eine Partei von DDR-Nostalgikern.“
10. „Die CDU ist eine konservative Partei, denn sie wird überwiegend von älteren Menschen gewählt.“
11. „Die Frauen sind umweltbewusster, das zeigt sich auch in ihrem Wahlverhalten.“
12. „Die CDU/CSU ist eine Bauernpartei.“

➔ 2. Was bringt Wähler[♂] dazu, sich für eine bestimmte Partei zu entscheiden? Ist es die wirtschaftliche Lage, das Verhalten der Spitzenkandidaten[♂] oder die Tradition in der Familie des Wählers[♂]? Befrage auch deine Eltern. Nenne fünf Gründe, die du für entscheidend hältst, in der Rangfolge ihrer Wichtigkeit:

1. _____
2. _____
3. _____
4. _____
5. _____

— M2: Wählerverhalten bei der Bundestagswahl 2005

	CDU CSU	SPD	B 90/ Grüne	FDP	Die Linke	Sons- tige
Wahlergebnis (Zweitstimmen in %)	35,2	34,2	8,1	9,8	8,7	4,0
Geschlecht						
männlich	35	33	7	10	10	5
weiblich	35	35	9	9	8	4
Alter						
18–29	29	35	10	11	8	7
30–44	31	33	11	10	9	5
45–59	34	35	8	9	11	3
60+	43	34	5	9	7	2
Bildungsabschluss						
Hauptschule	38	38	5	8	7	4
Mittlere Reife	35	33	7	10	10	5
Gymnasium	31	34	13	11	9	3
Hochschule	33	29	15	12	10	2
Beruflicher Status						
Berufstätige	34	33	9	11	9	5
Rentner	41	36	5	9	8	2
Auszubildende	28	38	16	10	5	3
Arbeitslose	20	33	7	7	25	8
Beruf						
Arbeiter [♂]	32	37	5	8	12	6
Angestellte	35	35	9	9	9	3
Beamte	38	33	11	10	5	3
Selbstständige	41	22	10	20	5	3
Landwirte	65	13	2	9	6	5
Gewerkschaftsmitglied						
Mitglied	22	47	8	6	12	5
Kein Mitglied	37	32	8	11	8	4
Religiöse Bindung						
stark	67	18	4	8	1	2
moderat	45	32	7	11	3	3
schwach	33	39	9	10	5	3
Region						
Ost+Ost-Berlin	25,3	30,4	5,2	8,0	25,3	5,8
West+West-Berlin	37,5	35,1	8,8	10,2	4,9	3,5

— *Quelle:* zusammengestellt aus Forschungsgruppe Wahlen 2005a.

— *Tipp:* Lesehilfe: Die Zeile „Alter 18–29“ sagt aus, dass von 100 Personen dieser Altersgruppe, die gewählt haben, 29 CDU, 35 SPD, 10 B'90/Grüne, usw. wählen.

Was wollen die Parteien? (1)

Parteien legen ihre politischen Ziele in Programmschriften fest. **Grundsatzprogramme** enthalten eine allgemeine und langfristig gültige Standortbestimmung. Mit den politischen Inhalten müssen sich alle Parteimitglieder identifizieren können, weshalb sie oft recht abstrakt formuliert sind. Ein Parteiprogramm dient aber auch der Abgrenzung vom politischen Gegner.

Antworten auf aktuelle politische Fragen findet man eher in **Aktions- und Wahlprogrammen**. Sie beinhalten kurz- oder mittelfristige Ziele, zum Beispiel Vorhaben, die eine Partei in der nächsten Legislaturperiode verwirklichen möchte. Den Parteimitgliedern bieten sie Argumentationshilfen im Wahlkampf.

➔ 1. Wie gut kennst du die Parteien? Im Folgenden sind kurze Auszüge aus den Programmen der im Bundestag vertretenen Parteien abgedruckt. Ordne die folgenden Schlüsselbegriffe und politischen Ziele den Texten richtig zu. Achtung: Die Begriffe sind nicht immer in der passenden grammatikalischen Form aufgeführt!

soziale Demokratie / Partei der Ökologie / konservative Partei / Partei des organisierten Liberalismus / Volkspartei der Mitte / demokratischer Sozialismus / Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen / handlungsfähiger Staat / notwendiger Freiheitsraum / Kapitalismus überwinden / wehrhafte Demokratie / weniger Staat / starker Rechtsstaat / Emanzipation / ~~Freiheit~~

➔ 2. Zusatzaufgabe: Ergänze die Aussagen der jeweiligen Partei durch ein aktuelles Wahlplakat (als Kopie oder Skizze) oder durch einen Wahlslogan auf einem separaten Blatt.



„Liberalismus will die größtmögliche Freiheit des Einzelnen. Die Freiheit des Einzelnen findet ihre Grenze an der Freiheit der anderen. Deshalb sind individuelle Freiheit und Verantwortung für sich selbst untrennbar. (...) Freiheit durch Verantwortung ersetzt die starre Regelungsdichte staatlicher Bürokratien und Großorganisationen. Mehr Eigenverantwortung und Mitverantwortung der Bürger heißt _____ . Nur dort, wo Eigenverantwortung und Mitverantwortung das Leistungsvermögen der Bürger übersteigen, übertragen die Bürger Verantwortung auf ihren Staat. (...)

Die FDP als _____ unterscheidet sich durch ihr Bekenntnis zu Vernunft, Vielfalt und Wettbewerb von allen anderen Parteien, die Fortschritt durch Staatsgläubigkeit und Staatsinterventionismus erreichen wollen.“



„Unsere Grundwerte sind Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Im sozialdemokratischen Verständnis bilden sie eine Einheit. Sie sind gleichwertig und gleichrangig. Sie bedingen, ergänzen, stützen und begrenzen einander. _____ erfordert _____ . Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. An der Finanzierung der staatlichen Aufgaben müssen sich Unternehmen und Privathaushalte entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit beteiligen. (...) Wir entwickeln den Sozialstaat weiter zum vorsorgenden Sozialstaat. Er bekämpft Armut und befähigt die Menschen, ihr Leben selbstbestimmt zu meistern. Der vorsorgende Sozialstaat begreift Bildung als zentrales Element der Sozialpolitik. Seine zentralen Ziele sind Sicherheit, Teilhabe und _____ .“



„Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands ist die _____ . Ihre Politik beruht auf dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. (...) Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und die Freiheit aller Menschen anerkennt und die hieraus folgenden Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Die CDU hat konservative, liberale und christlich-soziale Wurzeln. Die CDU will die christlich geprägten Wertgrundlagen unserer freiheitlichen Demokratie bewahren und stärken. Wir leiten aus ihnen die Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit her. (...) Es ist Aufgabe der Politik, den Menschen _____ zu sichern und sie für das Gemeinwesen in die Pflicht zu nehmen.“

Was wollen die Parteien? (2)

„Freiheit und soziale Sicherheit, Demokratie und Sozialismus bedingen einander. Gleichheit ohne individuelle Freiheit endet in Entmündigung und Fremdbestimmung. Freiheit ohne Gleichheit ist nur die Freiheit für die Reichen. Auch der Mensch ist nicht frei, der seine Mitmenschen unterdrückt und ausbeutet. Ziel des _____, der _____ will, ist eine Gesellschaft, in der die Freiheit des anderen nicht die Grenze, sondern die Bedingung der eigenen Freiheit ist. (...) In der Bundesrepublik verlangt das Grundgesetz, über Gesetze und Regeln sicherzustellen, dass das Eigentum dem Gemeinwohl dient. Die Artikel 14 und 15 des Grundgesetzes geben die Möglichkeit, der Zusammenballung von wirtschaftlicher Macht zu politischer Macht entgegenzuwirken. Demzufolge können Schlüsselbereiche der Wirtschaft in Gemeineigentum überführt werden.“



DIE LINKE.

„Als _____ geht es uns um die _____, die durch industriellen Raubbau und überschießenden Ressourcenverbrauch gefährdet sind. Bewahren können wir nicht durch ein Zurück, sondern nur indem wir die heutigen Industriegesellschaften nachhaltig verändern. (...) Nachhaltigkeit bedeutet die zukunftsfähige Verbindung von ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung. (...) Produktion und Konsumtion müssen so gestaltet werden, dass sie nicht heute die Lebenschancen von morgen zerstören.“



„Die CSU tritt für die Selbstverantwortung des Einzelnen ein. Die CSU schützt den Freiraum der Bürger zur Entfaltung ihres Lebens und verteidigt ihre Persönlichkeitsrechte. Die CSU ist die Partei der _____ und eines _____. Freiheit in Verantwortung für den Nächsten und für das Gemeinwohl ist auch Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft. Die CSU ist eine _____. Die Politik der CSU gründet sich auf der dauerhaften Wertordnung des abendländischen Denkens sowie dem geschichtlichen und kulturellen Erbe unseres Volkes. Tradition und Heimat, Sprache und Kultur geben den Menschen Geborgenheit und der Gemeinschaft Zusammenhalt. Die CSU misst das Neue am Bewährten und stellt Fortschritt in den Dienst der Menschen.“



— **Tipp:** Programme der Parteien findet ihr über Suchmaschinen im Internet und z.B. hier: www.zdf.de/ZDFmediathek/content/447712?inPopup=true

Welcher Partei ihr selbst am nächsten steht, könnt ihr spielerisch hier herausfinden: www.wahl-o-mat.de.

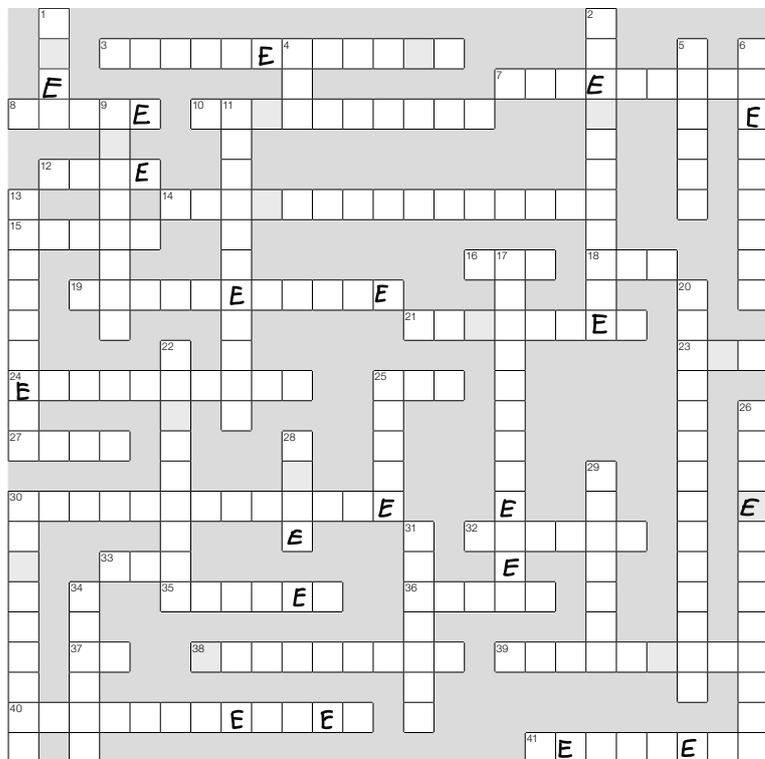
Dieses Angebot der bpb wird stets zu den nächsten Wahlen aktualisiert.

Zusatzaufgabe für eine Gruppenarbeit:

➡ 1. Gündet eure Wunschpartei! Sammelt zunächst Ziele und Programmschwerpunkte eurer Partei. Findet dann einen passenden Namen.

➡ 2. Vergleicht euer Ergebnis mit den Programmen der etablierten Parteien: Wie groß ist die Schnittmenge? Wo gibt es Gegensätze?

Wahlkreuzworträtsel



— *Tipp:* Die gelb unterlegten Buchstaben ergeben in der richtigen Reihenfolge eine Person, die ihrer Partei treu bleibt.

— Waagrecht:

- 3** Mathematisches Verfahren, das mit Hilfe weniger Wahlkreisergebnisse vorzeitig das Endergebnis einer Wahl errechnet
- 7** Bei dieser Wahl hat der Postbote eine tragende Rolle
- 8** Partei und Richtung
- 10** Einem Kandidaten^z mehrere Stimmen geben (bei der Kommunalwahl möglich)
- 12** Sammelbehälter für Wählerstimmen
- 14** Führt die (Landes-) Liste einer Partei an
- 15** Will ein Wähler^z dieses Wahlrecht ausüben, muss er am Wahltag das auch sein
- 16** Älteste Partei Deutschlands
- 18** Abgeordneter^z im Berliner Parlament (Abk.)
- 19** Zeit zwischen zwei Wahlen
- 21** „Gewählt ist gewählt“ antwortete dieser Bundeskanzler auf die Frage, ob die eine Stimme, die ihm zur Wahl verholten hat, seine eigene gewesen sei.
- 23** Regionalpartei

- 24** Bei dieser Parlamentswahl stimmen Wähler^z aus 27 Staaten mit
- 25** Entschied im antiken Athen über die Vergabe von Staatsämtern
- 27** Das hat ein Abgeordneter^z im Parlament (kein Möbel!)
- 30** Das wichtigste Mittel bei Wahlumfragen (Politbarometer)
- 32** Partei und Farbe
- 33** Partei mit der längsten Regierungsbeteiligung
- 35** Blieben in Deutschland bis 1918, in der Schweiz sogar bis 1971 von Wahlen ausgeschlossen
- 36** So hoch ist die Hürde (in Prozent), die eine Partei nehmen muss, um in den Bundestag einzuziehen
- 37** Parlament mit den meisten Abgeordneten (Abk.)
- 38** Ort der Stimmabgabe
- 39** Merkmal von Wahlen, bei denen kein volljähriger Bürger^z von der Wahl ausgeschlossen ist
- 40** „Wähler^z“, die für ihr Votum keinen Stimmzettel benötigen
- 41** Für den Wahlsieg wird sie benötigt

— Senkrecht:

- 1** Merkmal demokratischer Wahlen, ohne Zwang
- 2** Diese Stimme bestimmt die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag
- 4** Dieser Partei gehört Bundeskanzlerin A. Merkel an
- 5** So wird ein Wahlrecht bezeichnet, obwohl derjenige^z, der es in Anspruch nimmt, entgegen dem Wortsinn ganz schön aktiv sein muss.
- 6** Volksabstimmung (Fremdwort)
- 9** Bewerber^z um ein Amt, trug in der Römischen Republik einen weißen Umhang (Toga candida)
- 11** Wahl ohne Wahlmänner^z, direkt
- 13** Teil des gesamten Wahlgebiets zur Wahl des Direktkandidaten^z bei Bundestagswahlen
- 17** Mehrere Kandidaten^z aus verschiedenen Parteilisten auf seinem Stimmzettel zusammenstellen und wählen
- 20** Wähler^z, der seine Stimme für eine andere Partei abgibt als bei der letzten Wahl
- 22** Unblutiger, aber nicht immer ganz fairer Wettbewerb um die Wählergunst

- 25** Wahlvorschlag einer Partei mit der Rangfolge ihrer Kandidaten^z
- 26** Diesen „Auftrag“ hat ein Bundestagsabgeordneter^z von seinem Wahlkreis erhalten
- 28** Mathematiker, entwickelte ein Verfahren zur Sitzverteilung (wurde bei Bundestagswahlen angewendet)
- 29** Regionalparlament in Deutschland
- 30** Abstimmungsverhalten bei Bundestagswahlen, wobei mit der Erststimme für einen Kandidaten^z gestimmt wird, der nicht der Partei angehört, die mit der Zweitstimme gewählt wird.
- 31** Damit kommen Wahlforscher^z dem Wähler^z auf die Spur
- 34** Merkmal demokratischer Wahlen





Weiterführende Hinweise

— Angebote aus der Bundeszentrale für politische Bildung

— Informationen zur politischen Bildung

Nr. 295: Parlamentarische Demokratie, Bonn 2007
— Bestell-Nr. 4.295

Nr. 292: Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2006
— Bestell-Nr. 4.292, Bonn

— pocket politik

Demokratie in Deutschland
4. Auflage, Bonn 2011
— Bestell-Nr. 2.551

— Schriftenreihe

Manfred G. Schmidt
Das politische System Deutschlands, Bonn 2011
— Bestell-Nr. 1.150

Tanja Betz/Wolfgang Gaiser/
Liane Pluto
Partizipation von Kindern und Jugendlichen, Bonn 2011
— Bestell-Nr. 1.128

— Aus Politik und Zeitgeschichte

Nr. 4/2011
Parlamentarismus
— Bestell-Nr. 7.104

— Zeitbilder

Wahlen in Deutschland
Karl-Rudolf Korte, Bonn 2010
— Bestell-Nr. 3.902

— Themenblätter im Unterricht

Nr. 78: Der Bundestag –
Ansichten und Fakten,
Bonn 2009
— Bestell-Nr. 5.971

Nr. 81: Demokratie –
was ist das? Bonn 2009
— Bestell-Nr. 5.974

Nr. 88: Direkte Demokratie und
Bürgerbeteiligung, Bonn 2009
— Bestell-Nr. 5.981

Alle kostenlos verfügbar unter:
www.bpb.de/themenblaetter

— Thema im Unterricht/Extra

Politik für Einsteiger, Bonn 2010
— Bestell-Nr. 5.332

— Internetadressen

www.wahlrecht.de
Allgemeine Informationen
und Hintergründe

www.election.de
Große Auswahl an gut
zusammengestellten Texten, In-
formationen und vor allem Stati-
stiken zu sämtlichen Wahlen in
Deutschland.

www.bundeswahlleiter.de
Die offizielle Seite mit allen Daten
und Fakten von den Wahlkreisen
bis zu den detaillierten amtlichen
Endergebnissen.

— Online-Angebote auf www.bpb.de

Dossier Bundestagswahlen

www.bpb.de
> Politik > Innenpolitik
> Bundestagswahlen
Alle Infos zum Thema
Bundestagswahl:
Was bedeutet die Erststimme?
Wie funktionieren Überhang-
mandat? Wer wählt was?

Schwerpunkt Wahlen

www.wahlen.bpb.de
Übersichtsseite mit allen Ange-
boten zum Thema „Wahlen“

Wer steht zur Wahl?

www.bpb.de
> Politik > Wahlen
> Wer steht zur Wahl?
Kurzporträts der antretenden Par-
teien zu jeder Wahl (Bundestag,
Landtage, Europaparlament)

Themengrafiken zu „Wahlen“ und „Bundestagswahlen“

www.bpb.de
> Politik > Grundfragen
> 24 x Deutschland
Das Wahlsystem übersichtlich
erklärt

Wahl-O-Mat

www.wahl-o-mat.de
Welche Parteien treten bei der
Wahl an? Welche Themen spielen
im Wahlkampf eine Rolle, wer
vertritt welche Positionen?
Der Wahl-O-Mat der bpb gibt
Antworten!

Bestellcoupon

Bitte senden Sie mir:

— Thema im Unterricht / Extra: Arbeitsmappen

Bestell-Nr. 5.306 Ex. Europa für Einsteiger (3. Auflage 2011)
Bestell-Nr. 5.307 Ex. Wahlen für Einsteiger (2. Auflage 2011)
Bestell-Nr. 5.317 Ex. Grundgesetz für Einsteiger und
Fortgeschrittene (15. Auflage 2010)
Bestell-Nr. 5.332 Ex. Politik für Einsteiger
Bestell-Nr. 5.333 Ex. Gesellschaft für Einsteiger

— Versandbedingungen:

Im Inland bis 1 kg: kostenlos und portofrei.
1–20 kg: Versandbeitrag von 4,60 Euro per Überweisung nach Erhalt.
(Stand: September 2011)

— Bestellmöglichkeiten:

per Post: IBRo Versandservice GmbH, Kastanienweg 1, 18184 Roggentin
per Fax: (03 82 04) 6 62 73
oder online: www.bpb.de/shop > Lernen > Thema im Unterricht

Lieferanschrift

Schule Privat

Vorname: _____

Name: _____

Klasse/Kurs: _____

Schule: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

DER TIMER KOMMT. JEDES JAHR IM JUNI.

Der informative Hausaufgabenkalender der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb im DIN-A5-Format auf 160 Seiten. Tag für Tag Interessantes und Erstaunliches aus Politik, Zeitgeschichte, Kultur und Gesellschaft. Mit ausführlichem Serviceteil, Stundenplänen, Landkarten, Formelsammlungen und vielen Links und Adressen.

www.bpb.de/timer



Bundeszentrale für politische Bildung

